

## Die Legende von der chinesischen Bedrohung von Dr. Günther Grunert

### 1. „Die goldenen Jahre sind vorbei!“

Untergangsszenarien erfreuen sich in den deutschen Medien großer Beliebtheit. Waren es zu Beginn der 1980er Jahre noch die Japaner, die nach Ansicht des ehemaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff und anderer den Standort Deutschland massiv unter Druck setzten, so wechselte die Bedrohung zehn Jahre später auf die „kleinen asiatischen Tiger“ Südkorea, Singapur und Malaysia und wiederum zehn Jahre danach auf Indien und vor allem China über, die nach Meinung des „Spiegel“ zu den neuen „Masters of the Universe“ heranreifen<sup>1</sup>: Mit extrem niedrigen Löhnen, aber mit modernster Technik und hohem Bildungsstandard entwerteten sie millionenfach die Arbeitskraft der Deutschen und übrigen Europäer, setzten auf dem „globalen Arbeitsmarkt“ einen dramatischen Lohnverfall in Gang und läuteten das Ende des Sozialstaats ein. Ähnlich analysiert Meinhard Miegel, einer der bekanntesten Absturzpropheten und allseits gefragter Talkshowgast, die Lage: Die goldenen Jahre für uns seien definitiv vorbei, wir würden ärmer, die anderen reicher. In einer Handelsblatt-Kolumne forderte Miegel schon vor zwei Jahren, den Bürgern endlich reinen Wein einzuschenken. Was wir in Deutschland leisteten, leiste auch eine schnell wachsende Zahl von Menschen anderswo – genauso gut, nur preiswerter. Viele hierzulande meinten noch, asiatische Löhne seien ihnen nicht zuzumuten. Wenn wir aber einen höheren Lebensstandard halten wollten, müssten wir dauerhaft besser sein als Chinesen und Inder, und das seien wir eben nicht mehr.

Deutschland wird – so hat es den Anschein – also immer mehr überflutet von den Billigwaren anderer Länder, ohne selbst in der Lage zu sein, dorthin in vergleichbarem Umfang zu exportieren. Die Folge sind konkurrenzunfähige Unternehmen in Deutschland, ein Abwärtsdruck auf die hiesigen Preise und Löhne, steigende Arbeitslosigkeit und generell der ökonomische Niedergang.

Wäre diese Diagnose richtig, so müsste sie sich in hohen und steigenden Handelsbilanzdefiziten Deutschlands, also in weit größerem Warenimport als Warenexport, niederschlagen. Wie sieht nun die Handelsbilanz Deutschlands aus? Tatsächlich verzeichnet Deutschland seit Jahren immense und sogar noch steigende *Exportüberschüsse*, 129,9 Mrd. Euro im Jahr 2003, 156,1 Mrd. Euro 2004 und 160,5 Mrd. Euro 2005. Im letzten Jahr erzielte die deutsche Wirtschaft damit den höchsten Ausfuhrüberschuss aller Zeiten. Auch die Tatsache, dass Deutschland 2005 das dritte Jahr in Folge Exportweltmeister wurde, passt nicht so recht in das Bild eines zunehmend wettbewerbsunfähigen Landes: Wäre wirklich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – durch die im Vergleich mit den „Angreiferstaaten“ („Spiegel“) viel zu teuren Beschäftigten hierzulande – erheblich vermindert worden, müssten die Warenexporte in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen sein, d. h. die Weltmarktposition Deutschlands hätte sich verschlechtert. Wie man sieht, ist exakt das Gegenteil richtig.

Mag ja sein, werden jetzt die Untergangspropheten einwenden, zumindest aber vereinen China und Indien bereits jetzt einen Riesenanteil der deutschen Importe auf sich. Nun wäre das, wenn es denn stimmte, relativ belanglos, da es natürlich nichts an den erwähnten Exportüberschüssen Deutschlands ändert, aus welchen Herkunftsländern die Importe stammen. Aber es trifft noch nicht einmal zu. Natürlich sind die Einfuhren aus beiden Ländern in den letzten Jahren gestiegen (im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre erhöhten sich die deutschen Wareneinfuhren aus China jährlich um 15 %), aber keineswegs auf das Niveau, das in den gängigen Horrorszenarien oft unterstellt wird. Die Importe aus China und Indien erreichten im Jahr 2005 zusammen einen Anteil von 6,9 % an den gesamten deutschen Importen. Die deutschen Einfuhren aus China betragen im vergangenen Jahr 39,9 Mrd. Euro, gegenüber z. B. 48,6 Mrd. Euro aus Österreich und der Schweiz oder 53,4 Mrd. Euro aus den Niederlanden. Obgleich also die Importe aus Österreich und der Schweiz die Einfuhren aus China um 22 % und die Importe aus den Niederlanden diejenigen aus China sogar um 34 % übertreffen, spricht kaum jemand von der alpinen oder der holländischen Bedrohung Deutschlands. Die deutschen Importe aus China und Indien beliefen sich im letzten Jahr auf zusammengenommen 43,3 Mrd. Euro, diejenigen aus Frankreich auf 54,6 Mrd. Euro; die Importe aus Frankreich lagen also um rund 26 % über denen aus China und Indien zusammen.

### 2. Die Ursachen der Fehleinschätzungen

Wenn aber die Behauptungen der Untergangspropheten so wenig durch die Empirie gestützt werden, obgleich sie doch auf den ersten Blick so plausibel erscheinen, wo liegen dann die Denkfehler? Im Wesentlichen lassen sich hier drei Punkte nennen, die im Folgenden näher erläutert werden.

#### 2.1 Vergleich der Arbeitskosten ohne Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität

Wenn allein die Arbeitskosten über die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes entschieden, würde das ärmste Land der Welt mit den niedrigsten Löhnen den Welthandel dominieren. Dies ist offenkundig nicht der Fall. Internationale Vergleiche der absoluten Arbeitskosten sind wenig geeignet, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu bewerten. Es ist nicht entscheidend, welcher Stundenlohn in einem Land gezahlt wird (und wie lange dort gearbeitet wird), sondern wie die Entlohnung eines Beschäftigten in Relation zu seiner Leistung steht. Ein Vergleich der internationalen

<sup>1</sup> Zwischendurch hatte Hans-Werner Sinn, der heutige Präsident des Ifo-Instituts, im Jahr 1993 in der „Zeit“ eine neue Dimension in der Bedrohung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch die baltischen Länder, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien ausgemacht. Diese Billiglohnländer stellten eine besonders aggressive Importkonkurrenz dar, gegen die nur eine „substantielle Senkung der Reallöhne“ in Deutschland helfen könne. Statt aber von Billigimporten aus diesen Ländern überschwemmt zu werden, weist Deutschland gegenüber dieser Ländergruppe im Jahr 2005 einen *Exportüberschuss* von rund 9,1 Mrd. Euro auf.

Wettbewerbsfähigkeit muss folglich die Arbeitskosten im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität (Leistungsfähigkeit der Arbeit), die sog. Lohnstückkosten, betrachten, wobei die Arbeitsproduktivität den Beitrag angibt, den ein Beschäftigter resp. eine Beschäftigtenstunde zur Wertschöpfung hinzufügt.<sup>2</sup> Sind z. B. in einem hochentwickelten Land wie Deutschland die Arbeitskosten pro Stunde doppelt so hoch wie in einem schwächer entwickelten Land, gilt dasselbe aber auch für die Arbeitsproduktivität, so ergibt sich aus den höheren stündlichen Arbeitskosten keinerlei Konkurrenznachteil. Ist die Arbeitsproduktivität in Deutschland mehr als doppelt so hoch, entsteht für das „Hochlohnland“ Deutschland sogar ein Vorteil im internationalen Wettbewerb. Simple Vergleiche der Arbeitskosten in China und Indien einerseits und Deutschland andererseits, wie sie gelegentlich vorgenommen werden, sind also ein wenig hilfreiches Instrument. Nicht nur die Entlohnung der Arbeit, sondern auch das Produktivitätsniveau ist in Ländern wie China und Indien insgesamt viel niedriger als in Deutschland.

## 2.2. Lernvorteile, Lohn- und Wechselkursveränderungen

Die meisten Untergangspropheten bestreiten allerdings den geschilderten Zusammenhang von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität gar nicht. Sie behaupten aber, dass der Produktivitätsrückstand in Ländern wie China und Indien den Lohnvorteil keineswegs aufzehre. Denn da die Niedriglohnländer sich rasch die modernste Technologie der reichen Länder aneigneten, näherte sich ihre Produktivität (bei weiterhin geringen Löhnen) schnell dem Niveau der führenden Industrieländer an, was ihnen dann einen entscheidenden Kostenvorteil bringe.<sup>3</sup>

Auch diese Behauptung hält einer genaueren Überprüfung nicht stand. Denn erstens ist die Beherrschung neuartiger Technologien keineswegs so einfach, wie es in dieser Argumentation offenbar unterstellt wird. Insbesondere neuartige Produkte mit hohem technologischen Gehalt sind nicht von heute auf morgen zu imitieren, und selbst wenn dies mit übertragenen Fertigungsverfahren gelingt, weisen die Niedriglohnländer oft noch über einen beträchtlichen Zeitraum erhebliche Produktivitätsrückstände auf: Denn die hochentwickelten Länder verfügen als Erstproduzenten über die größeren Produktionserfahrungen, die sie in prozesstechnologischen Fortschritt umsetzen können, und verbuchen darüber hinaus „Lernvorteile“<sup>4</sup> gegenüber den Konkurrenten aus den Niedriglohnländern. Zudem hinken aufholende Länder häufig allgemein hinsichtlich des Qualifikationsgrades der Arbeitskräfte und der Infrastruktur weit hinterher.<sup>5</sup>

Zweitens bleiben rasch expandierende, aufstrebende Volkswirtschaften nicht über Jahrzehnte hinweg Niedriglohnländer: Ein rasanter wirtschaftlicher Aufholprozess mit hohen Wachstumsraten geht nicht etwa mit einer stagnierenden Arbeitsnachfrage und somit einem Druck auf die Löhne einher, vielmehr führt der wirtschaftliche Boom in großem Umfang zu einer industriellen Aktivierung zuvor meist in der Landwirtschaft beschäftigter Arbeitskräfte und zu kräftigen Lohnerhöhungen. Genau dies lässt sich derzeit in China beobachten. Dort stieg das reale Bruttoinlandsprodukt von 1995 bis 2004 um durchschnittlich 8,5 % pro Jahr, gleichzeitig erhöhten sich nach UNCTAD-Angaben die Nominallöhne in der verarbeitenden Industrie zwischen 1994 und 2002 um jährlich 12,5 %, die Reallöhne um über 8 % pro Jahr. Ähnliche Lohnsteigerungen werden aus dem Bereich der Dienstleistungen und dem finanziellen Sektor gemeldet.

Aber auch wenn in einem aufholenden Land die Löhne weniger stark steigen, bleibt es dadurch nicht auf Dauer ein Billiglohnstandort, da Lohnstückkostendifferenzen (längerfristig) durch die Wechselkurse ausgeglichen werden. Denn ein im Vergleich mit seinen Handelspartnern geringerer Anstieg der Lohnstückkosten in einem aufstrebenden Niedriglohnland erhöht seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, was zu Exportüberschüssen und damit zu einer wachsenden Nachfrage nach seiner Währung führt. Die Folge ist letztlich eine Aufwertung der Währung des aufholenden Landes im Ausmaß des Lohnstückkostenvorteils, wodurch die Preisvorteile dieses Landes wieder zunichte gemacht werden. Anders ausgedrückt: Durch die Währungsaufwertung werden auch die Löhne und Lohnstückkosten des Niedriglohnlandes im internationalen Vergleich aufgewertet.

Für die hier geschilderten Entwicklungen gibt es viele Beispiele: So war etwa die Bundesrepublik Deutschland noch 1970 im Vergleich mit den USA fast ein Billiglohnland: Die Stundenlöhne in der Industrie erreichten nur 56 % des US-Niveaus, nur zehn Jahre später lagen sie nach starker Aufwertung der D-Mark 25 % höher als in den USA. Japans Industrielöhne waren 1985 nur halb so hoch wie diejenigen der USA, im Jahr 1995 übertrafen sie nach Lohnsteigerungen und Yen-Aufwertung das US-Niveau um 37 %. Die Stundenlöhne in Südkoreas Industrie stiegen von 5 % des US-Niveaus im Jahr 1975 auf 50 % im Jahr 2004 – bei weiterhin erheblich geringerer Leistungsfähigkeit Südkoreas.

<sup>2</sup> Die Arbeitsproduktivität ist in erster Linie (aber nicht ausschließlich) abhängig von der technologischen Qualität des Kapitalstocks. Prozessinnovationen resp. produktionstechnische Veränderungen, also die Ausstattung mit leistungsfähigeren Maschinen etc., führen zu Arbeitsproduktivitätssteigerungen.

<sup>3</sup> Nicht nur für Unternehmer in den Niedriglohnländern selbst ist es lohnend, importierte westliche Technologien mit den heimischen Löhnen zu verbinden, auch für Unternehmer aus hochentwickelten Ländern wie Deutschland besteht ein großer Anreiz, in Niedriglohnländer abzuwandern und ihre modernsten Produktionstechniken mit den dort gegebenen Billiglöhnen zu kombinieren. Solche Kapitalverlagerungen sind jedoch – anders als die Schreckenspropheten meinen – nicht ohne Risiko (man denke nur an die häufig relativ unstabilen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Billiglohnländern) und erfordern – zumindest bei „anspruchsvolleren“ Produkten – vielfach einen hohen Qualifikationsgrad der Arbeitskräfte im Zielland bzw. Fachwissen und Erfahrung in allen Bereichen des Produktionsprozesses (vgl. dazu auch die folgenden Ausführungen). Kapitalwanderungen vollziehen sich daher auch nicht schlagartig und in riesigem Umfang, sondern nur langsam. Wären die Nettokapitalbewegungen von Hoch- in Niedriglohnländer tatsächlich so enorm, wie viele Horrorszenerarien unterstellen, müsste z. B. Polen mit seinem niedrigen Lohnniveau nach über 15 Jahren längst ein hochindustrialisiertes Land sein.

<sup>4</sup> Gemeint sind hier die sog. „learning economies“: Bei neuartigen Produkten wachsen im Allgemeinen mit der Zunahme der kumulierten Produktionsmenge (und dem damit verbundenen Ansammeln von Lernerfahrungen) die Kenntnisse und Fertigkeiten der in der Produktion tätigen Arbeitskräfte, was – unabhängig von technologischen Veränderungen – zu bedeutenden Produktivitätssteigerungen führt. In diesem Zusammenhang wird auch vom sog. „tacit knowledge“ gesprochen, einem besonderen Wissen, das von den Innovatoren bei der Entwicklung neuer Produkte durch praktische Erfahrung der Beschäftigten „akkumuliert“ wird, schwer imitierbar ist und gerade in der Anfangsphase der Innovationsaktivitäten eine wichtige Rolle spielt, da es als Marktzutrittschranke fungieren und den innovativen Unternehmen eine gewisse (temporäre) Monopolstellung verschaffen kann.

<sup>5</sup> Glaubt man Untersuchungen von McKinsey, so sind nur 10 % der chinesischen und 25 % der indischen Ingenieure so gut qualifiziert, dass sie in internationalen Konzernen arbeiten könnten.

China droht ein vergleichbares Schicksal: Sollten die hohen Exportüberschüsse des Landes bestehen bleiben, wird sich der Aufwertungsdruck auf den Renminbi (die chinesische Währung) weiter erhöhen. Auf Dauer dürfte es dann für China, dessen Notenbank derzeit mit Devisenkäufen die eigene Währung billig hält, keine Alternative zu einer stärkeren Aufwertung seiner Währung geben.<sup>6</sup>

### 2.3. Neue Absatzchancen

Völlig übersehen oder zumindest stark unterschätzt wird von den Katastrophenpropheten nicht zuletzt, dass aufstrebende Volkswirtschaften nicht nur als Anbieter und Konkurrenten auftreten, die den Wettbewerb auf vielen Märkten verschärfen, sondern ebenso neue Markt- und Absatzchancen für Unternehmen aus anderen Ländern bieten. So geht die dynamische Expansion Chinas und Indiens mit einem enormen Nachfrageboom einher, der sich positiv auf die Weltwirtschaft auswirkt. Im Jahr 2004 wuchsen nicht nur die chinesischen Warenexporte um 35,4 %, auch die Warenimporte Chinas legten um 36 % zu. Zwischen 2002 und 2004 entfiel rund ein Drittel des gesamten Zuwachses der Weltimporte auf China. Seit 1997 haben sich die Importe Indiens aus der übrigen Welt vervierfacht und diejenigen Chinas verdreifacht.

Natürlich profitieren davon auch deutsche Unternehmen: China hat als Absatzmarkt für heimische Unternehmen inzwischen eine größere Bedeutung als Japan (die deutschen Exporte nach China übertrafen 2005 diejenigen nach Japan um fast 60 %) oder manche europäischen Länder. Die Exporte Deutschlands nach China haben sich im Zeitraum 2000-2004 mehr als verdoppelt, zwischen 1994 und 2004 ungefähr vervierfacht. Als Ausfuhrüter sind dabei insbesondere Maschinen, Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, aber auch Produkte der Informations- und Kommunikationstechnologie, Metalle und Metallprodukte sowie chemische Erzeugnisse von Bedeutung.

Gerade die jüngsten Quartalsdaten unterstreichen noch einmal die wachsende Rolle Chinas und Indiens als Absatzmärkte für deutsche Waren: Die Exporte nach Indien stiegen im zweiten Quartal 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 38,1 % auf 1,4 Mrd. Euro, diejenigen nach China um 26,3 % auf 6,2 Mrd. Euro.

### 3. Fazit

Obwohl kaum ein Land der Erde mit ihr besser zurecht gekommen ist als Deutschland, wird die Globalisierung häufig für die wirtschaftlichen Probleme in diesem Land (mit-) verantwortlich gemacht und darüber hinaus zum Vorwand genommen, den Sozialstaat abzubauen. Verwiesen wird dann auf Millionen Chinesen und Inder, die mit Gewalt am allgemeinen Wohlstand teilhaben wollten und dafür bereit seien, die westlichen Länder – und darunter nicht zuletzt Deutschland – niederzukonkurrieren (in dieser schlichten Sichtweise können die einen – China und Indien – nur gewinnen, wenn die anderen – die „alten“ Industrieländer – entsprechend verlieren; dass auch *alle Länder* durch eine vertiefte internationale Arbeitsteilung wohlhabender werden können, ist aus unerfindlichen Gründen ausgeschlossen). Dabei übersehen die Untergangspropheten, dass Deutschland in den letzten Jahren nicht etwa mit Billigprodukten aus den armen Regionen überflutet wurde, sondern riesige Exportüberschüsse erzielt hat. Der mit den Ausfuhrüberschüssen verbundene Mehr-Absatz von Gütern im Ausland fördert die Wirtschaft in Deutschland und schafft hier per Saldo auch ein Mehr an Arbeitsplätzen. Die zentrale Bedeutung des deutschen Außenhandels für das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt wird schon daran ersichtlich, dass nach einer Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes rechnerisch 8,3 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland im Jahr 2005 vom Export abhängig waren, fast eine Million mehr als im Jahr 2000 und 2,4 Millionen mehr als 1995. Rund zwei Drittel des realen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2004 und 2005 sind in Deutschland dem realen Außenbeitrag zu verdanken, d. h. dem Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Die Zahlen zeigen, wie absurd es ist, ausgerechnet Deutschland mit Blick auf die Arbeitsplätze zu einem Verlierer der Globalisierung zu erklären und die gegenwärtigen (und zukünftigen) Arbeitsmarktprobleme aufholenden Ländern wie China und Indien anzulasten. Deutschland hat in der Summe in den letzten Jahren, was die Arbeitsplatzsituation anlangt, eindeutig durch den internationalen Handel gewonnen und nicht verloren.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Bereits heute hält China mehr Devisen als jedes andere Land; seine Währungsreserven belaufen sich auf rund 1000 Mrd. \$. Erhöht sich der Bestand eines Landes an Devisen, dann steigt unter sonst gleichen Umständen die (Zentralbank-) Geldmenge, weil die Zentralbank die Devisen mit neu geschöpftem Zentralbankgeld bezahlt, d. h. Inlandsgeld für die Devisen zur Verfügung stellt. Dem unerwünschten Anstieg der inländischen Geldmenge begegnet Chinas Zentralbank mit einer sogenannten „Sterilisierungspolitik“, d. h. sie versucht, die mit den Devisenaufkäufen verbundene Geldmengenerhöhung zu neutralisieren, indem sie Renminbi-denominierte Schatzwechsel und Anleihen (sog. „Sterilisation-Bonds“) emittiert, um so dem Bankensystem das zusätzlich geschaffene Geld zu entziehen. Umstritten ist, wie lange eine solche Strategie möglich ist.

<sup>7</sup> Auf die Ursachen für das spektakuläre Wachstum Chinas seit Mitte der 1990er Jahre kann hier nicht näher eingegangen werden. Der Erfolg war das Ergebnis einer Verbindung von marktorientierten, aber umsichtigen mikroökonomischen Reformen mit aggressiven und wachstumsorientierten makroökonomischen Politiken. Für Interessierte sei auf eine sehr gute Studie der UNCTAD verwiesen, die dies näher erläutert:

[www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=6161&intltemID=2093&lang=1&mode=downloads](http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=6161&intltemID=2093&lang=1&mode=downloads), S. 1-44

Ebenfalls empfehlenswert: J. Priewe, „Chinas rätselhaftes Wachstum“, in: *Intervention* 2/2005, S. 21-32,

[www.zeitschrift-intervention.de/seiten/deutsch/download/Priewe\\_Intervention\\_Jg\\_2\\_Nr\\_2\\_-\\_2005.pdf](http://www.zeitschrift-intervention.de/seiten/deutsch/download/Priewe_Intervention_Jg_2_Nr_2_-_2005.pdf)